

Was sind die Ziele des gegen den Sozialismus geführten Wirtschaftskrieges?

- **Imperialistischer Konfrontationskurs im Handel**
- **Torpedierung der Politik der friedlichen Koexistenz**
- **Niederträchtige Erpressung und Einmischung**

Im Ergebnis der Helsinki Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Unterzeichneten die Staats- bzw. Regierungschefs der Teilnehmerstaaten die Schlußakte, in der auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch auf die Entwicklung einer für alle Beteiligten vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausdrücklich verwiesen wird. Im Teil II der Schlußakte werden ausführlich die Hauptbereiche der Zusammenarbeit wie Handel, Kooperation, wissenschaftlich-technische Beziehungen usw. dargelegt. Unter diesem Dokument steht auch die Unterschrift eines "Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Tatsächlich haben sich die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern in den 70er Jahren unter dem Einfluß des politischen Entspannungsprozesses im wesentlichen günstig entwickelt. Auch in den 80er Jahren streben die RGW-Länder an, diese Wirtschaftsbeziehungen zu stabilisieren und auszubauen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft ist dafür das feste Fundament.

Die sozialistischen Länder sind gegenwärtig jedoch mit einer

wesentlich veränderten außenwirtschaftlichen Situation konfrontiert. Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt, Inflation, Preistreibereien, Kursschwankungen, Hochzinspolitik und Rückgang der Kaufkraft erschweren den Aufbau stabiler Absatz- und Bezugslinien in den gegenseitigen

Eindeutig aggressive Ziele amerikanischer Politik

Die auf Weltherrschaft ausgerichteten Ziele der USA-Regierung finden ihren Niederschlag in einer Studie des Pentagons, in der auf eine globale Konfrontation mit der UdSSR und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages orientiert wird. Dabei wollen die USA in der von Kriegsminister C. Weinberger forcierten Konzeption „zur Führung eines lange währenden nuklearen Krieges“ („The New York Times“ vom 30. 5. 1982) bereits in Friedenszeiten mit der Handelspolitik „soviel Druck wie nur möglich“ ausüben und als „Ergänzung ihrer Militärstrategie“ der „Sowjetunion den wirtschaftlichen und technischen Krieg erklären“.

Aus dieser zutiefst reaktionären Konzeption der offenen Bedrohung wird einmal mehr deutlich, daß das wirtschaftliche Vorgehen gegen die sozialistischen Länder ein Teil

Wirtschaftsbeziehungen. Doch derartige Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft sind es nicht allein, die die Situation auf den Außenmärkten verschärfen. Eine Aktion in der auf Konfrontation ausgerichteten Gesamtstrategie der USA, die seit einiger Zeit besonders intensiv gegen die RGW-Länder betrieben wird, besteht im vorsätzlichen Mißbrauch der Wirtschaftsbeziehungen zu aggressiven politischen Zwecken, in einer Unterordnung des internationalen Handels unter die militärstrategischen Ziele des Pentagons.

der Politik der Verschärfung der internationalen Situation darstellt. Vergessen «oll offenbar die Unterschrift eines amerikanischen Präsidenten unter das Dokument von Helsinki gemacht werden, das politische Entspannung und Zusammenarbeit zum Ziel hat. Denn; Mit einem Wirtschaftskrieg wollen die USA die für alle Beteiligten vorteilhafte ökonomische Zusammenarbeit als eine der materiellen Grundlagen des politischen Entspannungsprozesses untergraben und die Welt in eine Sphäre des kalten Krieges zurückdrängen. Diese Konfrontationspolitik ist darauf angelegt, auf sozialistische Länder politischen und ökonomischen Druck auszuüben; es fehlt genausowenig an Versuchen, durch eine betont differenzierte und selektive Politik gegen einzelne Staaten die sozialistische Gemeinschaft zu spalten und sozialistische